

## GESETZBLATI

## der Deutschen Demokratischen Republik

## Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

vom 31. März 1969

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik hat den Bericht des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Otto Winzer, über die Budapester-Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zur Kenntnis genommen. Der Staatsrat stimmt den in Budapest gefaßten Beschlüssen zu. Er begrüßt insbesondere — im Einvernehmen mit dem Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik — den Appell der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an alle europäischen Regierungen und Völker, ihre Anstrengungen zu vereinen, damit eine gesamteuropäische Konferenz zur Erörterung von Fragen der europäischen Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit sobald wie möglich einberufen werden kann.

Eine solche gesamteuropäische Konferenz, an der die Vertreter aller europäischen Staaten gleichberechtigt teilnehmen, dürfte die Bemühungen um Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten im Interesse der Sicherung des Friedens und einer guten Zusammenarbeit entscheidend fördern. Eine solche Konferenz, an der die Deutsche Demokratische Republik und die westdeutsche Bundesrepublik gleichberechtigt teilnehmen, könnte es auch den beiden deutschen Staaten erleichtern, zu vertraglichen Vereinbarungen im Interesse von Frieden und Sicherheit zu gelangen.

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik erwarten von der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik, daß auch sie sich ohne jegliche Vorbedingungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung für die Einberufung der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz erklärt und ihre Bereitschaft kundtut, an einer Beratung von Vertretern aller europäischen Staaten zur Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz teilzunehmen.

Berlin, den 31. März 1969

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

W. Ulbricht

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

O. Gotsche